

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißtstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 27. Mai 1931

Nummer 42

Krisenwirkungen

In Nr. 24 des „Korr.“ vom 25. März 1931 habe ich in dem Artikel „Bezifferte Solidarität“ geschrieben, welche ungeheuren Anforderungen im Jahre 1930 an die Verbandskasse gestellt wurden. Der endgültige Abschluß hat das in diesem Artikel errechnete Defizit von 1.150.000 M. mit einer nur geringen Abweichung bestätigt: es betrug genau 1.095.354,09 M. Unser Jahresabschluß zeigt, daß die Ausgaben in den Gauen (ohne Rückvergütung für „Korr.“-Abonnement) 9.306.224,28 M. betragen haben und damit 2.801.243,58 M. höher waren als 1929. Die Ausgaben in der Hauptverwaltung betragen 312.797,30 M. (1929: 418.804,03 M.) und der Zuschuß zum „Korr.“ 333.865,33 M. (339.984,96 M.). Diese beiden Ausgabenposten, die keine Unterstütungen in sich schließen, sind also zusammen um 112.126,36 M. gesunken, desgleichen auch die Rückvergütung an die Gauen um 20.867,83 M. Die Einnahmen aus ordentlichen Beiträgen betragen 7.651.113,18 M. (7.076.173,75 M.). Es würde jedoch ein Krugschluß sein, wenn aus der um 574.939,43 M. höheren Beitragseinnahme auf bessere Beschäftigungsmöglichkeit geschlossen würde. Diese Mehreinnahme ist entstanden, weil die vom Frankfurter Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung von 1,70 auf 2 M. sich im Jahre 1930 voll ausgewirkt hat, während 1929 der höhere Beitrag nur im letzten Quartal erhoben wurde. Das Absinken der Beschäftigungsmöglichkeit zeigt die Zahl der geleisteten Beitragswochen. Diese betragen 1927: 3.988.714, 1928: 3.974.661, 1929: 4.002.431, 1930: 3.841.288. Diese Zahlengegenüberstellung ist außerordentlich interessant, beweist sie doch, daß der Beschäftigungsumfang im Jahre 1930 gegenüber 1927 und 1928 nur ganz unwesentlich (3,70 bzw. 3,35 Proz.) geringer war. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit (unterstützte und nicht unterstützte) von 1.024.262 im Jahre 1928 auf 2.199.846 im Jahre 1929 und 4.103.613 im Jahre 1930 ist auf den Zugang der Neuausgeleiteten in diesen Jahren zurückzuführen. Für diese war also kein Raum mehr in den Druckereien.

Unter dem Einfluß von Berichten über die Stimmung im Lande wurde in dem erwähnten Artikel geschrieben: „Es steht außer Frage, daß es auch in der Beitragshöhe Grenzen gibt, und die derzeitige Wirtschaftskrise scheint uns an diese Grenze gebracht zu haben. Sollten wir gezwungen sein, noch längere Zeit in den Niederungen der Krise zu wandeln, und dadurch dem Verbands Schwächungen drohen, wird dieser Gefahr nur durch eine Senkung der Ausgaben auf dem Unterstütungsgebiet wirksam begegnet werden können.“ Damit war mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß nach einem Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben gesucht, daß Leistung und Gegenseitigkeit in Übereinstimmung gebracht werden müssen, wenn nicht bald eine Tendenz zum Absinken der Arbeitslosigkeit erkennbar wird.

Auffällig ist nun, daß zu dieser überaus wichtigen Frage sich unsere doch sonst so schreib- und rebeulustigen Kollegen völlig ausschwiegen, trotzdem gerade die seitdem verfloffenen zwei Monate zu der versammlungsgesegneten Zeit des Jahres zählten. Nur der Kollege Nies (Göttingen) kam bei seiner sehr beachtenswerten kritischen Betrachtung über die eventuellen Auswirkungen der 40-Stunden-Woche in Nr. 38 des „Korr.“ in dem Artikel „Schulung erwerbsloser Gewerkschaftler“ zu dem Vorschlag auf Abführung von zwei Stundenbindigen zugunsten der Erwerbslosen.

Da der bisherige Verlauf des Jahres 1931 der Verbandskasse keine Entlastung gebracht hat, die eingehenden Gauberechnungen vielmehr noch einen Rückgang der Einnahmen und Steigerung der Ausgaben ausweisen, auch die Ausichten für die zweite Jahreshälfte alles andere als günstig sind, wird sich der Verbands-

vorstand der Verpflichtung nicht länger mehr entziehen können, vom § 23 (f) der Satzung Gebrauch zu machen. Diese Satzungsbestimmung legt dem Verbandsvorstand die Pflicht auf, „in dringenden Fällen außerordentliche, den Satzungen und Zwecken des Verbandes nicht zuwiderlaufende Maßregeln, insbesondere zeitweise Erhöhungen und Herabsetzungen der Beitrags- und Unterstützungssätze zu beschließen“.

Das Defizit von 1.095.354 M. ist hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte 1930 entstanden. Die Verhältnisse haben sich inzwischen weiter verschlechtert, so daß für das erste Halbjahr eine weitere Vermögensabnahme von mehr als 1½ Millionen Mark schon jetzt feststeht. Ganz einerlei nun, auf welcher Seite der Ausgleich herbeigeführt wird, er wird, soll er wirkungsvoll sein, ein erhebliches Opfer bedeuten, das entweder die noch in Arbeit stehenden oder die Unterstützung beziehenden Kollegen zu bringen haben werden. Wird der Ausgleich auf der Einnahmenseite gesucht unter Aufrechterhaltung der jetzigen Leistungen, wird dieses weitere Beitragsopfer nicht unter 1 M. wünschentlich bleiben können. Wird die Möglichkeit dazu verneint, ist eine Kürzung aller Unterstützungssätze nicht zu umgehen, und diese wird dann, soll sie wirksam sein, für die statutarischen Unterstützungen für Reise und Arbeitslosigkeit am Ort 25 Pf., für Krankheit und Invalvidität 20 Pf. je Tag betragen müssen. Auch die Wochenätze der außerstatutarischen Koststandsbeihilfe müssen herabgesetzt, ihr Bezug eingeschränkt und begrenzt werden. Daß daneben die schon im Jahre 1930 eingetretene Senkung der nicht auf dem Unterstütungsgebiet liegenden Ausgaben fortgesetzt wird, ist selbstverständlich.

Unser Verband hat in diesen schweren Zeiten das möglichste getan, um Not und Sorge zu lindern. Er ist dabei weit über seine statutarischen Verpflichtungen hinausgegangen. Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit mit ihren Auswirkungen auch auf den Invalidenbezug haben seine Einnahmen verringert und die Ausgaben in nicht voraussehbarem Umfang gesteigert. Dieser Entwicklung gegenüber tatenlos bleiben, hieße den Verband in Gefahr bringen. Und das wird und kann niemand wollen. Gerade die Ursachen, Begleiterscheinungen und Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise beweisen uns, daß die Arbeiterschaft ihre Interessenvertretung, die Gewerkschaften, in der Folgezeit nötiger denn je brauchen wird. Deshalb müssen alle mithelfen, um auch unsern Verband über diese Notzeit hinweg für seine auch außerhalb des Unterstütungsgebietes liegenden Aufgaben lebens- und leistungsfähig zu erhalten.

Berlin.

B. Sch weini g.

Bewertung der menschlichen Arbeitskraft

Nachdem durch die große Arbeitslosigkeit das Angebot der Arbeitskräfte weit größer ist als die Nachfrage nach ihnen, haben sich in letzter Zeit eine Reihe wissenschaftlicher Stimmen hören lassen, die sich mit der Bewertung der menschlichen Arbeitskraft in den verschiedensten Lebensaltern befassen. Wann ist der Arbeiter noch nicht vollwertig, wann ist er im Vollbesitz seiner Leistungsfähigkeit und wann ist es Zeit, ihn aus dem Arbeitsprozeß auszuschalten? Solche Fragen sind für uns ganz besonders wichtig, wichtig aus dem einfachen Grund, weil auf Seiten der Unternehmer wissenschaftliche Behauptungen willig Gehör finden, auch wenn sie von praktischen Erfahrungen keine Spur aufweisen. Wenn schon Wissenschaftler öffentlich den Standpunkt vertreten haben, daß der Arbeiter mit dem Eintritt in die 40er Jahre mit seiner Arbeitskraft auf dem Höhepunkt angelangt ist, ja sogar auf absteigender Linie sich bewege, so müssen wir diesem ganz entschieden entgegenzutreten und es als eine Herabwürdigung der Leistungsfähig-

keit ansehen, die den Vorwand bieten soll, um eine Lohnherabsetzung durchzuführen. Auf Grund eigener praktischer Erfahrung ist man nur in der Lage, hier ein maßgebendes Urteil zu fällen, nicht aber vom Standpunkt des Theoretikers und an Hand von statistischen Aufnahmen. Es hat leider in großem Umfang überhand genommen, alles vom theorie-wissenschaftlichen Standpunkt aus zu beurteilen; und was dieses Verwissenschaftlichen der Betriebe und des Handwerks schon für Blüten getrieben hat, ist wenig erfreulich. Es bestehen vielerorts besondere Institute, die die Aufgabe haben, auf wissenschaftlichen Grundlagen die Rentabilität der Betriebe zu erforschen. So hat, um nur ein Beispiel anzuführen, das badische Schneidergewerbe in Karlsruhe ein Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung, das wissenschaftliche Richtlinien für dieses Gewerbe erteilt. Das Bedauerliche an solchen Stellen ist, daß sie in den meisten Fällen nicht von erstklassigen Fachleuten besetzt sind, sondern von solchen, die hinter dem Katheder groß geworden sind und die die Arbeit anderer zum Studienzweck gemacht haben. Ganz ähnlich liegen die Fälle in der Landwirtschaft, wo heute nur ein Diplom-Land- oder Volkswirt das Wort führen kann. Nach meiner Auffassung sehen wir ganz deutlich, wo die Landwirtschaft mit dieser Wissenschaft hinsteuert. Sie ist heute nicht mehr imstande, sich ohne Weichmittel über Wasser zu halten. Und wo nehmen nun unsere Unternehmer im Buchgewerbe ihre Urteile über die Arbeitskraft her? Die Leistungsfähigkeit eines Druckers wird in den sogenannten rationalisierten Betrieben selten nach praktischen Erfahrungen aus der Praxis genommen, sie wird viel zu oft von den Maschinenfabriken durch die Höchstgeschwindigkeit ihrer Maschinen diktiert, und wenn in der Praxis diese nicht erreicht wird, so hat eben der Drucker verlag.

Um nun näher auf die Bewertung der Arbeitskräfte des Menschen aus der Praxis unfres Berufs einzugehen, teilen wir sie in drei verschiedene Gruppen, wie sie eingangs schon erwähnt sind. Die erste Gruppe, unser heranwachsendes Geschlecht, also der Nachwuchs, die zweite Gruppe, die auf der Höhe der Arbeitsleistung angelangt, und die dritte, aber kleinste Gruppe, die nicht im Vollbesitz ihrer Kräfte oder durch das wirklich vorgerückte Alter an Leistungsfähigkeit eingebüßt hat. Unterziehen wir die einzelnen Gruppen einer näheren Betrachtung, so können wir nach eigenen Erfahrungen feststellen, daß unser Nachwuchs, abgesehen von der gefehmäßigen Lehrgzeit, noch eine geraume Spanne Zeit durchzumachen hat, bis er an Höchstleistungen herankommt. Es ist eine natürliche Tatsache, daß nur die praktische Erfahrung mit gesunder Auffassungsgabe der beste Lehrmeister sein kann, und ohne der jungen Generation nahe zu treten, steht unbestreitbar fest, daß eine langjährige Erfahrung durch ungestümen, jugendlichen Tatendrang nicht ersetzt werden kann.

Die zweite Gruppe sind diejenigen, die auf Grund ihrer reichen Erfahrung, der ruhigen Überlegung und nicht zuletzt des durch die Jahre stark gewordenen Verantwortungsgefühls die Leistung auf einen Höhepunkt gebracht haben. Auf keinen Fall können wir aber gelten lassen, daß die Leistungsfähigkeit mit dem besten Alter zu fallen beginnt. Das Alter, in dem die Leistungsfähigkeit auf natürlichem Wege abnimmt, liegt weit höher. In Berufen, wo nicht eine besondere körperliche Anstrengung nötig ist, kann sie bis hoch in die 60er Jahre hineinreichen. Wir haben sogar viele Beweise, wo die Arbeitskraft bis in die 70er Jahre ungebrochen erhalten blieb. Bei uns Buchdruckern, wo etwa 60 Proz. der Arbeit geistige Arbeit darstellt, sind die Kräfte, falls sie nicht durch Krankheit geschwächt sind, bis in ein hohes Alter vollwertig. Wegen wir einen Maßstab an geistiger Leistungsfähigkeit an, so finden wir in der vorerwähnten Nachkriegszeit nur Ausnahmen, wo führende Staatsmänner das Alter von 40 Jahren noch nicht erreicht haben, sondern die meisten sind zwischen 50 und 70 Jahren. Es sei damit nicht gelagt, daß gerade dieses vollreife Alter nicht auch Ausgeburtzeit ist. Hat doch vor nicht langer Zeit der Engländer Lloyd George den Anspruch getan, daß der Weltkrieg ein Krieg alter Männer war, d. h. er sei von alten Männern eingeleitet und geführt worden. In unsern Augen war diese geistige Tat kein Werk von Geistesstärke und Weisheit, denn sie brachte der ganzen Welt nur Elend und einen gewaltigen Rückfall. Die dritte und letzte Gruppe, die nicht mehr voll leistungsfähig ist, ist wohl die kleinste und in den meisten Fällen schon jo bezahlt, daß die Unternehmer keinen Schaden durch ihre Arbeit erleiden, andernfalls eine Ausstoßung aus dem Arbeitsprozeß vom Unternehmertum bald erfolgt. In diesen

* Auszug aus einem Vortrag des Kollegen Schwarzwälder (Freiburg i. B.) in der Versammlung des dortigen Druckervereins am 23. April d. J.

Fällen sollte wohl auf Unternehmenseite das moralische Pflichtgefühl eintreten, denn vor 50 und noch mehr Jahre seine Schuldigkeit getan hat, hat Anspruch auf moralische Rücksicht, das soll heißen nicht bloß von Seiten des Unternehmers, sondern auch von Seiten seiner Mitarbeiter, die den Arbeitsveteranen bei der Arbeit unterzulegen sollen. Wir können uns zuig auf den Standpunkt stellen, daß zum mindesten in unserm Beruf die Leistungsfähigkeit bis zu 85 Jahren auf voller Höhe steht, falls keine Leiden und Gebrechen diese Zeit verkürzen.

Und nun sei noch auf den Einsatz der menschlichen Arbeitskräfte im Wandel der Zeiten eingegangen. Wenn wir um Jahrhunderte und Jahrtausende zurückblicken, so sehen wir, daß die menschliche Arbeitskraft eine ganz andre Rolle gespielt hat als in unserm Zeitalter der Mechanisierung und Rationalisierung. Die Menschenkraft wurde in den damaligen Zeiten in ungeheuren Massen eingesetzt. Mit größter Bewunderung müssen wir an den Bauten der alten Chinesen, Ägypter, überhaupt unser Vorfahren empfinden, denn wir wissen mit ziemlicher Sicherheit, daß diese zum Teil grandiosen Bauwerke Arbeiter darstellen, die unter den primitivsten Verhältnissen ohne Maschinenhilfe entstanden sind. Die chinesische Mauer z. B., die eine Länge von etwa 2800 km hat, stellt ein Bauwerk dar, das heute noch als eines der größten der Menschheit angesehen wird. Sie wurde zusammengetragen und aufgebaut von Menschenhänden ohne Krähne, ohne Bagger und sonstige motorischen Kräfte. Wir Menschen der Neuzeit staunen ebenfalls über die ungeheuren Leistungen der Menschenkraft, die an Stelle unserer heutigen Kraftmaschinen fast alle Transportmöglichkeiten auszufüllen hatte. Ganze Flotten wurden über große Meeresstiele gerudert. Mit brutaler Gewalt wurde die letzte Kraft aus den bebauenswerten Sklaven der Arbeit herausgepreßt und diese nach getaner Arbeit dem Elend oder dem Tod überliefert. In den damaligen Zeiten des Altertums, als die Kultivierung des größten Teiles der Bevölkerung auf einer niederen Stufe stand, war die Arbeitskraft eine wohlbegehrte Handelsware. Die selbstherrlichen Despoten nutzten sie in der grausamsten Weise für ihre Pläne aus und würdigten die Arbeitsklaven zu ganz tierischem Dasein herunter, das an das Leben nicht den geringsten Anspruch zu stellen hatte; diese Menschen wurden auf sogenannten Sklavenmärkten je nach Bedarf veräußert und angekauft. Wir sehen, daß diese Herren in der Arbeitskraft ihrer Sklaven ein Kapital erblickten, über das sie nach ihrem Willen verfügten, gleich dem Betriebskapital unserer heutigen Unternehmer. Leider hat sich dieses bedauerlichste aller Kulturprodukte, der Sklavenhandel, d. h. Handel mit Menschen um deren Arbeitskraft willen, in verschiedenen Ländern bis heute hochhalten können. Hoffentlich verpflückt der Völkerverbund diesen Arnen der Arnten bald eine menschliche Freiheit. Im Mittelalter und in den späteren Jahrhunderten erzeute sich mit der zunehmenden Volksbildung die Arbeitskraft einer größeren Werkschätzung und Freiheit. In den Jungsteinzeiten, wo es in den einzelnen Berufen noch keine Arbeitsteilung gab, wurde von jedem Ausübenden volle Beherrschung seines handwerklichen Berufs verlangt. Wir finden, wie die Überlieferungen uns zeigen, in jener Zeit große Meister und Künstler, die uns heute noch zum Vorbild dienen. Zu jener Zeit ordneten sich die Arbeitskräfte nach freier Vereinbarung an die Jungmeister, das hatte mit Sklaverei und Leibeigenschaft nichts zu tun. Die Gesellen vereinigten sich vielfach in kriegerischen Zünften mit ihren Jungmeistern gegen gewalttätige, räuberische Geprägung der Handwerker, denen die Abschaffung der Leibeigenschaft und der Frondienste einen großen Ausfall brachte und für sie ein Schwindeln ihrer Macht bedeutete. Das Mittelalter würdigte die Arbeitskraft weit mehr im einzelnen als das Altertum, das rücksichtslos Massenelend verlangte. Die späteren Jahrhunderte brachten immer weiteren Aufschwung des selbständigen Handwerks, somit auch Respektierung der Arbeitskraft. Erst das Ende des vorigen und der Anfang des jetzigen Jahrhunderts haben uns in dieser Beziehung große Änderung gebracht. Das heutige ungeheure Ringen in der Weltwirtschaft, der Kampf nicht nur um die rein persönliche Existenz, sondern auch um die Existenz des gesamten Wirtschaftslebens hat zwischen den Arbeitskräften und dem Unternehmertum solche Gegensätze geschaffen, daß alle Ausrichtungen auf Verständigungen unmöglich erscheinen. Die Rationalisierung und deren Forcierung mit allen Mitteln hat ihre unheilvolle Wirkung auf dem Arbeitsmarkt gezeigt, immer mehr und mehr wird durch sie die menschliche Arbeitskraft lahmgelegt. Die Mechanisierung, auch der einfachsten Handgriffe, bis ins raffinierteste Maß macht einen ganz großen Teil der Menschenhände überflüssig, so daß wir zur Zeit ein großes Überangebot von Arbeitskräften haben. Die Grundideen der Rationalisierung und Mechanisierung mögen an und für sich gute sein, solange sie zum Wohle nicht nur einer Menschengruppe, sondern der Allgemeinheit sind. Der Menschengeist soll Maschinen erfinden und konstruieren, um dem Menschen die Arbeit zu erleichtern, sie soll ihm Geheiß werden und ihm sein Los erträglicher gestalten. Leider hat sie das Gegenteil gebracht, die Menschenkräfte wurden überflüssig und aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen. Das Unternehmertum weiß die Arbeitskräfte durchaus zu schätzen, solange sie ihm Vorteile bringen, aber eben so schnell entledigt man sich ihrer, wenn man glaubt sie entbehren zu können.

Ein überaus lehrreiches Beispiel des Einsatzes menschlicher Kräfte stellt die derzeitige Umwidmung des Fünfjahresplanes in Rußland dar. Die Arbeitskräfte sind in diesem Fall gezwungen, ihre ganze Leistungsfähigkeit für niederen Lohn einem höchstesten Ziel zu opfern, das dem Staat,

falls es gelingt, ungeheure Vorteile bringen soll, ja ihn vielleicht dazu befähigt, führend auf dem Weltmarkt aufzutreten. Ob in diesem Fall die getane Arbeit nach dem Gelingen auch seinen richtigen Lohn empfängt, ist jedoch mehr als fraglich.

Die Erzeugnisse unserer Maschinenisierung hat uns während des unseligen Weltkriegs durch alle erdenklichen Kriegsmaschinen unsägliches Elend gebracht, und jetzt tun es auch die Maschinen des Friedens, indem sie dem Menschen die Arbeitsmöglichkeit rauben und ihn überflüssig machen. Um diesen Auswüchsen der Zeit ernsthaft zu begegnen, und um denjenigen, die durch diese Erscheinungen um ihre Existenz gekommen sind, einen moralischen Halt zu bieten, ist es unsere Pflicht, diese Rationalisierungs- und Maschinenisierungsbestrebungen in Grenzen zu verweisen, daß der Schaden nicht noch größer wird. Die meisten von uns können sich noch deutlich an die Jahre 1914 bis 1918 zurückerinnern; da wußte man die schwebeligen Faust des Arbeiters zu schätzen. Man rief die Arbeiter, das Vaterland zu schützen, ihr Leben zu opfern, daß die Kriegesurie nicht die Schöte unserer Industriezentren niederlege; dafür wurde ihnen der Dank des Vaterlandes versprochen. Ein großer Teil, der mit den Heeren damals nach Westen und Osten zog, steht ja heute wieder in einem Meer, dem traurigsten, das es je geben wird, dem Meer der Arbeitslosen.

Trotz all dieser traurigen Lehren, die der Arbeiter um seiner Arbeitskraft willen hinnehmen mußte, nicht nur in unserer neueren Zeit, sondern im ganzen Lauf der Geschichte, ist die Vernunft noch nicht so weit eingezogen, daß ein geschlossenes Zusammenfinden Möglichkeit wurde. Es ist geradezu unverständlich, daß die Not, die doch ein glänzender Lehrmeister ist, dieses feste Zusammenfinden noch nicht gebracht hat. Denn dessen sind sich doch alle bewußt, daß Einigkeit stark macht. Die Zeiten von alters her haben stets noch bewiesen, wenn irgendeine Staatsform oder ein System Schiffbruch gelitten hat, daß deren Aufbau immer auf dem Rücken der wertvollsten Volksschicht sich vollziehen mußte. Seien wir uns aber bewußt, daß unsere Arbeitskraft unser Kapital darstellt, von dem wir leben müssen; daß wir aus diesem Kapital Zinsen verlangen, ist unser gutes Recht, ja sogar Pflicht unsern Familien gegenüber. Stellen wir uns also zuig auf den Standpunkt, daß eine gute, gesunde Arbeitskraft nicht nur rein persönlich für uns, sondern auch für das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben das höchste bedeutet, aus welchem ein Nutzen gezogen werden kann. Auf Grund dieser Feststellungen hat auch die Arbeitskraft das Recht, das zu verlangen, was zu ihrer Erhaltung notwendig ist, und daß dieses Ziel dem einzelnen nicht gelingt, haben uns die Zeiten gelehrt. Nur durch engen Zusammenschluß vieler Einzelkräfte wird eine Kraft gewonnen, vor der sich schon ganz andre Größen beugen müssen.

Verstärkte Kapitalkonzentration in der Wirtschaftskrise

Die Konzentration des Industrie- und Finanzkapitals ist, einer inneren Gesetzmäßigkeit der privatkapitalistischen Produktion gehorchend, in der Wirtschaftskrise in verstärktem Tempo vorwärtsgeschritten. Dies hat seinen besonderen Grund darin, daß gerade in Zeiten wirtschaftlicher Depression das Unternehmertum darauf bedacht sein muß, die mit großem Kapitalaufwand durchgeführte produktions-technische Rationalisierung durch eine kaufmännische und verwaltungsstechnische Rationalisierung, d. h. durch Fusionierungen, zu kompensieren und rentabel zu gestalten. Die Öffentlichkeit hat sich in letzter Zeit wenig mit dem wirtschaftlichen Ballungsprozeß beschäftigt. Nicht daß sich etwa dazu kein Anlaß geboten hätte, aber Zusammenschlüsse von epochenmachender Bedeutung waren seit dem großen Bankenzusammenbruch nicht mehr zu verzeichnen, und dann standen in der letzten Zeit Vorgänge politischer Art im Vordergrund des täglichen Geschehens; der von Walter Rathenau umgebogene Satz Napoleons, wonach nicht Politik, sondern Wirtschaft das Schicksal ist, mußte wieder einmal gerabebegeben werden. Es wäre aber, wie gesagt, falsch, anzunehmen, die wirtschaftliche Konzentration sei nicht weiter vorwärtsgeschritten oder gar zum Stillstand gekommen. Nein — die Konzentration des Industrie- und Finanzkapitals ist, wie Karl Marx vorausgesetzt hat, die Folge immanenter Gesetze der kapitalistischen Produktion, und der Konzentrationsprozeß schreitet infolgedessen unaufhaltsam vorwärts.

Eine umfassende und vergleichende, den gegenwärtigen Stand der Konzentration darlegende Übersicht über die Zahl der in Interessengemeinschaften, Kongernen und Trusten vereinigten Unternehmungen gibt es nicht. Die letzte, vom Statistischen Reichsamt angestellte Untersuchung über „Kongerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich“ erfaßt den Stand vom Jahr 1926; auch ist in dieser auf Verlangen des Reichstags verfaßten Denkschrift, wie bereits bemerkt, nur das kongernmäßig gebundene Aktienkapital erfaßt und in ein Prozentverhältnis zum Kapital sämtlicher vorhandener Aktiengesellschaften gebracht, woraus sich ergibt, daß Ende des Jahres 1926 rund 65 Proz. des in Aktiengesellschaften investierten Kapitals kongernmäßig oder interessengemeinschaftlich gebunden war. Das deutsche Trustkapital und das Kapital der zahlreichen, nicht in Aktienform bewirtschafteten Kongerngesellschaften ist in der reichsamtklaren Denkschrift, man darf wohl sagen in „denkwürdiger“ Weise, unberücksichtigt geblieben — mußte unberücksichtigt bleiben, und zwar schon aus dem ganz einfachen Grund, weil die

Reichsregierung bei den Unternehmungen, die nach dem Gesetz nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind, noch weniger auf Auskunft rechnen durfte, als bei den Aktiengesellschaften, von denen seinerzeit eine große Anzahl den statistischen Fragebogen des Reichsamts unbeantwortet gelassen hat. Man sieht hier, mit welchen Schwierigkeiten eine sich auf Truste, Kartelle und Kongerne erstreckende Monopolkontrolle zu kämpfen hat, wenn eine doch immerhin mit einer gewissen Autorität ausgestattete Stelle wie das Statistische Reichsamt sich die Klarbeantwortung harmloser Fragen gefallen lassen muß. Angehts dieser Aufgabe ist es aber um so notwendiger, die Kongentration des Industrie- und Finanzkapitals mit wachsamem Auge zu verfolgen und die Wirtschaftspolitik der Interessengemeinschaften, Kongerne, Truste und Kartelle ständig unter Kontrolle zu halten, und wenn die Reichsregierung hier versagt, muß die breite Öffentlichkeit und müssen vor allem die Organisationen der Arbeitnehmer der Monopolwirtschaft erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Wir sind in der Lage, durch ständige Beobachtung der Kongentrationvorgänge und auf Grund früherer Erhebungen eine vergleichende Darstellung von der Entwicklung der Kapitalkonzentration in den Jahren 1928, 1929 und 1930 zu geben. Im Jahr 1930 sind insgesamt 416 (1928 395 und 1929 385) Zusammenschlüsse zustande gekommen, und zwar konnten 286 Fusionsvorgänge und Abschlüsse von Interessengemeinschaftsverträgen, 92 Expansionsvorgänge und 38 neue Kartells- und Syndikatsbildungen beobachtet werden. Hinsichtlich der Zahl kartellmäßiger Zusammenschlüsse ist zu bemerken, daß nur vollständig neue Gründungen berücksichtigt und Erneuerungen nicht gezählt wurden, obwohl auf diesem Gebiet zum Teil sehr bedeutungsvolle Vorgänge zu verzeichnen sind, wie z. B. die Erneuerung der Eisenverbände.

Nachstehende vergleichende Darstellung gibt näheren Aufschluß über die Zahl der Fusionen, Interessengemeinschaften und Expansionsvorgänge und deren Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftszweige und Gewerbezgruppen.

Fusionen und Interessengemeinschaften in den Jahren 1928 bis 1930

Gewerbezgruppen	Zahl der Fusionen und Interessengemeinschaften		
	1928	1929	1930
Montan- und Hüttenindustrie	22	11	24
Maschinen- und Apparatebau	15	24	24
Elektrotechnische und feimechanische Industrie	31	21	15
Kraftzeug- und -verjorgung	12	9	12
Fahrtzeug- und Schiffbau	12	8	9
Metallwaren- u. Kleinereisenindustrie	10	10	7
Chemische Industrie	12	11	22
Lebens- und Genussmittelindustrie	24	24	22
Textil- und Befeldungsindustrie	31	25	14
Banken und Versicherungswesen	34	9	11
Warenhausbranche	—	6	11
Baugewerbe u. verwandte Industrien	21	13	10
Filmindustrie	6	5	9
Schiffahrt und Transport	11	10	5
Kautschukindustrie	2	1	4
Papier- und graphische Industrie, Verlagswesen	8	10	4
Kinoindustrie	—	2	3
Sonstige Gewerbezgruppen	35	40	18
Zusammen 286 289 224			

Bei den einzelnen Gewerbezgruppen sind in der Zahl der abgeschlossenen Fusions- und Interessengemeinschaftsverträge gegenüber den Vorjahren zahlenmäßig zum Teil erhebliche Verschiebungen eingetreten. Die Montanindustrie weist gegenüber dem Vorjahr die doppelte Zahl von Zusammenschlüssen auf, woraus gefolgert werden muß, daß sich die Zahl der kongernmäßig gebundenen Gruppen verringert und damit größere Gruppierungen zustande gekommen sind. Bemerkenswert ist, daß von den in der Montan- und Hüttenindustrie zu beobachtenden Kongentrationvorgängen fünf internationaler Art sind. Auffallend sind auch die starken Kongentrationstendenzen in der elektrotechnischen und feimechanischen Industrie, der Lebens- und Genussmittel-, Textil- und Befeldungsindustrie sowie im Baugewerbe und den mit diesem verwandten Industrien. Aber am auffallendsten ist doch die Konzentration des Finanzkapitals, die in 34 Fusionen und Interessengemeinschaften (im Vorjahr 9) beredten Ausdruck findet. International besonders eng verbunden und kapitalmäßig verflochten sind neben dem Finanzkapital und der Schwerindustrie die elektrotechnische, feimechanische und die chemische Industrie, ferner die Filmindustrie sowie die Schiffahrt und das Transportgewerbe. Von den 286 Fusions- und Interessengemeinschaftsverträgen, die im Jahr 1930 abgeschlossen wurden, sind 42 Vorgänge internationaler Art.

Neben diesen mehr oder weniger paritätischen Zusammenschlüssen konnte auch im Jahr 1930 wieder bei den verschiedenen Kongernen eine erhebliche Expansionsstätigkeit beobachtet werden, und wenn diese nicht das Ausmaß der Vorjahre angenommen hat, so wohl deshalb, weil das Kongern- und Trustkapital in der Wirtschaftskrise aus den eingangs erwähnten Gründen auf interessengemeinschaftliche Verflechtung zum Ausbau ihrer Marktpositionen bedacht sein mußte und sich veranlaßt sah, die kaufmännische Rationalisierung einer oft kostspieligen marktpolitischen Expansion vorzuziehen. Wenn darauf nicht ganz verzichtet wurde, so beweist dies vielleicht, daß noch viel überflüssiges Privatkapital in der deutschen Wirtschaft vorhanden ist und teilweise unproduktiv angelegt, d. h. fehlgeleitet wird. Denn wie in der Inflationszeit ist auch heute noch die Beobachtung zu machen, daß sich die Einfufnahme der Kongerne und Truste durchaus nicht immer auf horizontaler Basis bewerk und Anlieferungen nicht unter allen

Umständen als Rationalisierungsmaßnahmen zu werten sind, sondern daß allzuoft gegen den Grundfatz einer vernünftigen Ökonomie verstoßen wird.

Bei der in den Jahren 1928/30 erfolgten expansiven Einküpfung von Konzernen verschiedener Wirtschaftsbereiche auf rechtlich selbständige Betriebe entfallen Unternehmensgruppen und Konzerne der

	1930	1929	1928
Montan- und Hüttenindustrie	19	18	35
Maschinen- und Fahrzeugindustrie	11	10	25
Kraftzeugung und -verföorgung	15	30	40
Elektrotechnischen und feinmechanischen Industrie	13	18	23
Chemischen Industrie	6	8	10
Textil- und Bekleidungsindustrie	4	8	7
Transport, Schiffahrt	1	4	—
Filmindustrie	—	—	6
Lebens- und Genussmittelbranche	4	17	6
Warenhausbranche	3	5	6
Kautschukindustrie	1	—	2
Vinoleumindustrie	2	3	2
Banken u. Versicherungsgesellschaften	3	8	—
Sonstige Konzerne	10	11	9
Zusammen	92	140	171

Im Jahr 1930 haben 56 Konzerne verschiedener Branchen in expansiver Weise durch Vermögensbeherrschung bzw. Beteiligung auf 92 selbständige Unternehmungen Einfluß gewonnen. Bemerkenswert ist, daß die Expansionsstätigkeit der Montan- und Hüttenkonzerne ununterbrochen fortwährt. Im Gegensatz dazu hat der Drang zur Ausdehnung in der Maschinen- und Fahrzeugindustrie, der Elektroindustrie und noch mehr in der Lebens- und Genussmittelbranche erheblich nachgelassen, und zwar ist hier der Verzicht auf Expansion ohne Zweifel auf einen stärkeren Drang zur Fusionierung zurückzuführen. Maßgebend und symptomatisch für den Grad der Kapitalkonzentration ist übrigens nicht die expansive Tätigkeit der Truste und Konzerne, sondern die große Zahl der Fusionierungen. Mit 286 Vorgängen übertrifft das Jahr 1930 die beiden Vorjahre, was ein deutlicher Beweis dafür ist, daß die Konzentration und Akkumulation des Industrie- und Finanzkapitals unaufhaltsam vorwärtsschreitet.

Leider bedeutet aber Zusammenstoß nicht in allen Fällen Rationalisierung, nicht Durchdringung der Wirtschaft mit neuen Organismen und Verbilligung der Produktion. In der heutigen Wirtschaftskrise, wo die Unternehmer, unterstützt von kurzfristiger Wirtschaftstheoretikern und staatlichen Schlichtungsbehörden, als erste Voraussetzung zur erfolgreichen Bekämpfung der Krise und Verbilligung der Produktion den Abbau der Löhne und Gehälter als der Weisheit letzter Schluß preisen, ist der deutsche Wirtschaftsorganismus in ein undurchbringliches Gewirr von Kartellfesseln verstrickt, unter deren einschneidendem Druck die Wirtschaft Gefährdung erfährt, langsam erdrückt zu werden. Das Monopolkapital erhöht durch seine Kartellpolitik bei sinkenden Löhnen und Gehältern die Preise und versteift damit die Kosten der Produktion und der Lebenshaltung. Wird doch die Tributleistung des deutschen Volkes an die etwa 3000 vorhandenen Kartelle auf jährlich 1,7 Milliarden Mark beziffert, woraus sich ergibt, daß das deutsche Volk an die Kartelle jährlich mindestens ebensoviel Tribut zahlt, als nach den Bestimmungen des Youngplans den ehemaligen Feindmächten.

Wenn sich das Industrie- und Finanzkapital heute in Wahrung egoistischer Profitinteressen immer enger zusammenschließt und damit seine Machtposition stärkt, dürfen die Arbeiter und Angestellten, darf die Masse der Verbraucher nicht indifferent beiseite stehen und auf Selbsthilfe verzichten. Es sollte nie vergessen werden, daß die Macht des organisierten Monopolkapitals nur durch einen umfassenden gewerkschaftlichen Zusammenschluß der in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise schwer um ihre Existenz ringenden Arbeiter und Angestellten kompensiert werden kann.

U r g u s .

Rasse und Volk

„Die Deutschen sind kein Rassevolk. Wer sie gewaltsam dazu machen, ihr Volkstum auf Rasse, ihr Nationalbewußtsein auf Rasseninstinkt gründen will, wird unauweiblich zum Zerstörer am Deutschtum.“ Diese eindeutige Feststellung und zugleich scharfe Verurteilung nationalistischer Rassenverhetzung möchte Hellpach in Flammenchrift in alle Herzen der irreführten deutschen Jugend einbrennen.

Rasse und Volk sind ja heute nur noch bei weit abwärts lebenden primitiven Völkern identisch, während die großen Kulturstaaten meist recht buntnarssige Bevölkerungen besitzen, als notwendige Folge der zahlreichen Vermischungen verschiedener Menschengruppen in Vergangenheit und Gegenwart durch Völkerverwanderungen, Kriege, Kolonisation und industrielle und weltwirtschaftliche Beziehungen.

Besonders Deutschland, das Land der Mitte in Europa, war ja von jeher ein Tummelplatz der aus Nord und Süd, Ost und West vortobenden Völkerschaften und damit ein Kreuzfeld der verschiedenartigsten Rassen. Wenn auch um Nord- und Ostsee herum der nordische Typ vorherrschend ist, so wird er doch nach Mittel- und Süddeutschland zu immer stärker von alpinen und mittelländischen Typen und im Donauegebiet von dinarischen Typen und ihren mannigfachen Übergangsformen abgelöst. Die Saar- und Moseltalbewohner, die während der Besatzungszeit wiederholt ihre Anhänglichkeit an den deutschen Staat bekundeten, sind zu einem erheblichen Teil rassennah mit dem Südrassen viel verwandter als dem Norddeutschen. Weit entfernt aber stehen diese beiden Gruppen wieder



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Marschner in Dresden
Eingetretten: 28. Mai 1881
Zeit Invalide



Joh. Stranzmeyer in Leipzig
Eingetretten: 29. Mai 1881
Zeit Invalide



Aberorganisation im Verband

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Kollege F. K. in Nr. 37 vom 9. Mai einen Artikel, der nicht unüberdroschen bleiben darf. Kollege F. K. hält nur Lehrlingsabteilung, Bildungsverband und Kollegengefangenevereine für dabeisberechtigte Sparten. Dazu sei bemerkt, daß man die Lehrlingsabteilungen doch überhaupt nicht als Sparten in unserm Sinne bezeichnen kann, es ist nur eine gewisse Vorstufe des Verbandes, in der unser Nachwuchs als spätere Mitglieder des Verbandes erziehen werden sollen und ihnen das Zeug für den Lebenskampf einimpft werden soll. Die Kollegengefangenevereine sind aber als Gellittigkeitsvereine anzupreisen und sollen nur das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Kollegen fördern. Anders der Bildungsverband, der doch den Zweck haben soll, die Kollegen technisch weiterzubilden. Wie aber sah es bisher damit aus? Die Haupttätigkeit des Bildungsverbandes war Veranstaltung von Ausstellungen moderner Druckmaschinen, Schriftschreibburgen, Veranstaltung von Beschäftigungen und Vertrieb der „Typographischen Mitteilungen“. Und wie waren die Veranstaltungen besetzt? Wie aber ist es bei den anderen Sparten? Der Bildungsverband konnte ihnen keine Befriedigung geben. Würde der Vorschlag des Kollegen F. K. Wirklichkeit, so mühte der Bildungsverband wieder in Sparten zerlegt werden. Wer die rasenden Fortschritte auf dem Maschinenmarkt beobachtet, muß doch zugeben, daß Drucker und Maschinensetzer ständig an ihrer technischen Weiterbildung arbeiten müssen, um auch nur eine Ahnung von den Neuerungen zu haben und ihren Mann stehen zu können. Ein Kollege, der heute keine Lebensstellung hat, muß aber mit allen Neuerungen ver-

traut sein, denn sonst tritt leicht der Fall ein, daß er eine nachgewiesene Stellung nicht annehmen kann, weil er mit den dortigen Maschinen nicht vertraut ist. Ich denke da an all die neuen Maschinen für Drucker, Anlageapparate, die verschiedenen Modelle der Setzmaschinen usw. Sollten diese technischen Neuerungen aber in den allgemeinen Versammlungen des Bildungsverbandes besprochen werden? Ich möchte den Handfeger sehen, der Geschmack daran findet, einen vielleicht eine Stunde währenden Vortrag über einen Anlageapparat oder die Ablesgeschlöffer der Setzmaschine anzuhören. Die Sparten der Drucker und Maschinenfeger wurden durch die Praxis gezwungen, ihre Sparte noch einmal zu teilen, die Drucker in Glas- und Notationsdrucker, die Maschinenfeger, indem sie Kurse für die verschiedenen Systeme einrichteten, dazu mußten sie noch Technische Kommissionen bilden, um die Arbeitsgebiete bewältigen zu können. Diese Aufgaben geht alle dem Bildungsverband übertragen zu wollen, zeugt doch von einer Antennität der wirklichen Verhältnisse. Da wäre wohl die Frage berechtigt: Ist der Bildungsverband nicht durch die Gründung der Handfegerpartei überflüssig geworden? Das, was der Bildungsverband bisher für die Weiterbildung seiner Mitglieder getan hat, übernahm doch jetzt die Handfegervereinigung, wenigstens in den meisten Provinzorten. Den Rest könnten die allgemeinen Ortsvereine übernehmen, was vielfach auch schon so gehandhabt wird. Auch den Ausführungen des Kollegen F. K., daß den in den Sparten tätigen Kollegen keine Zeit mehr für die allgemeine Arbeiterbewegung übrigbleibe, muß widersprochen werden. Gerade die Kollegen, die sich in den Sparten betätigen, sind auch überall dabei, ob es im Ortsverein oder in der anderen Arbeiterbewegung ist. Eine Statistik, wie die Vorstände der einzelnen Ortsvereine zusammengesetzt sind, würde beweisen, daß nur ein sehr geringer Prozentsatz nicht Mitglied der Sparten sind. Würde aber überall Wert darauf gelegt, daß sämtliche Sparten in den Vorständen vertreten sind, so würde sich zeigen, daß bei richtiger Leitung des Vorstandes dieser bald einsehen muß, daß diese ihm eine gute Stütze sind. Er wird über viele Mißstände unterrichtet, die die Sparten in ihren Versammlungen feststellen haben; Mißstände, deren Beseitigung ihm selbst möglichst ist, lassen sich oft leicht durch den Spartenvertreter beseitigen. Verbandsfunktionäre, die jahrelang so gearbeitet haben, werden mir das sicher bestätigen können. Die Klagen über die Sparten können nur dadurch entstehen, daß entweder die Verbandsfunktionäre es an dem nötigen Zusammenarbeiten fehlen lassen oder die Spartenfunktionäre nicht die Regel wahr machen: Erst der Verband, dann die Sparte! Die Sparten haben den Hauptzweck, ihre Mitglieder zu tüchtigen Verbandsmitgliedern zu machen und sie technisch so zu schulen, daß sie ihren Mann stehen. Daß sie zur Bewältigung der ihnen zugewiesenen Arbeiten auch Beiträge erheben müssen, ist selbstredend; würde die Arbeit von anderer Seite getan, wäre auch dazu Geld nötig, es müßten dann eben von dieser Seite die Beiträge erhoben werden. Zugeben muß ich, daß eine Aberorganisation besteht, aber nicht bei uns, sondern im Allgemeinen. Ein Kollege, der im öffentlichen Leben steht, braucht nur einmal seine Mitgliedsbücher anzusehen, und er wird das zugeben. Es sind da: Partei, Reichsbanner, die man noch als nötig für jeden Staatsbürger ansehen kann, für jüngere Kollegen dazu noch ein Turnverein; aber bei wem ist damit Schluss? Für jede Sache gibt es einen Verein, und überall muß man dabei sein. Da stehen sich manche Bestrebungen in einem Verein vereinigen, aber es muß erst für alles ein Verein bestehen, und wenn es dazu nicht langt, dann doch mindestens zu einem Klub; denn wo drei Deutsche zusammen sind, muß ein Klub gegründet werden. Das ist auch die Ursache der Interesseloseigkeit der jungen Kollegen, worüber fast allenthalben geklagt wird.

R i e f .

J e a n C o h e n .

von den Sachsen und Schloßern, die mit Wenden, Tschechen und Polen gleichen Rassewesens sind. So stellt auch Deutschland und darüber hinaus das ganze deutsche Sprachgebiet ein „riesenhaftes Baltharderslager der Menschheit“ dar. Und wer, wie manche Rassenfanatiker, Deutschland rassennah, „aufzorden“ oder germanisieren wollte, der müßte mindestens zwei Drittel der deutschen Bevölkerung über die Grenzen des Reichs hinausweisen oder aber — wofür natürlich ebenfalls alle realen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen fehlen — das eine knappe Drittel der deutschen Bevölkerung mit skandinavischen, niederländischen, nordfranzösischen und teilweise englischen Anteilen zu einem neuen Staat zu vereinen suchen. So sollte auch dem Voreingenommenen klar in die Augen springen, daß im Zeitalter der sich immer mehr im Weltausmaß entwickelnden Wirtschaft der Kampf gegen Rassenvermischungen einem Don-Quixotte-Kitt gegen Windmühlensfügel vergleichbar ist.

Die Gruppierung der Menschen in Rassen, die ja lediglich eine Einteilung nach äußeren körperlichen Merkmalen ist, hat so mit den aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen erwachsenen Völkern und Staaten noch viel weniger zu tun als mit Konfessionen. Nicht die gleiche Rasse, sondern die gleiche Sprache hat sich als der bindende Kitt bewährt. Und keine religiöse und sprachliche Verfolgung wäre so gewaltsam gewesen, wie eine sein müßte, die die Herstellung von Rassenreinheit erstreben wollte. Als nach dem Weltkrieg auf Grund des sogenannten Selbstbestimmungsrechts der Völker neue Staaten errichtet wurden, hat keiner der Beteiligten nach den Rassenmerkmalen, sondern immer nur nach der Sprache der zu Vereinigenden gefragt.

Ganz abgesehen davon, daß die Bevorzugung eines bestimmten Rassestyps innerhalb eines Kulturvolkes eine soziale Ungerechtigkeit schon deshalb darstellen würde, weil jeder einzelne Mensch für die förderlichen Merkmale, die ihm als natürlicher Erbgut von den Eltern, unentwertbaren Stammbäumen zufallen, nicht die geringste Verantwortung tragen kann, ist auch die alte Meinung, daß Rassenvermischungen zu minderwertiger Nachkommenschaft führen, längst widerlegt. L u t h e r B u r b a n t, der berühmte nordamerikanische Biologe, urteilte auf Grund eines sehr umfangreichen Beobachtungsmerkmals: „Der beste und fähigste Menschentyp ist der Hybrid (Balthard). Dies ist wahr in bezug auf fast alle großen Menschen der Geschichte, ebenso wie es auch wahr ist auf die Rassen selbst.“

Die Kulturleistung eines jeden Volkes ist materialistisch bedingt; sie ist eine Funktion seines wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklungsstandes und steigert sich mit zunehmender Beherrschung aller Lebenslagen. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß die biologischen Grundlagen dieser Anpassungsfähigkeit durch Rassenvermischungen erweitert werden können. So ist es für den unvoreingenommenen Betrachter gar nicht verwunderlich, daß die anthropologische Forschung den höchsten Grad von Rassenmischungen gerade in den Gebieten festgestellt hat, in denen die menschliche Kultur einen besonders hohen Stand erreicht.

Alle heute lebenden Menschen gehören zur einheitlichen Art Homo sapiens. Zum Beweise führt der Biologe dafür an, daß normalerweise — wenn keine Belastungen der Erbanlagen vorliegen — alle Rassenkreuzungen untereinander unbefruchtet fortpflanzungsfähig sind. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Menschenrassen sind das

Sozialpolitik und bürgerliches Recht

Wechselkassen und -schulden

Im Laufe einer Verhandlung vor dem Wiesbadener Gericht, in der ein Kaufmann des Betrugs angeklagt war, kam auch zur Sprache, daß zahlreiche Kunden (darunter eine erhebliche Anzahl von Arbeitern) des Betreffenden Wechsel unterschrieben hatten, aber gar nicht wußten, was sie unterschrieben und was eigentlich ein Wechsel ist. Die Folge dieser Unkenntnis war, daß Kunden an den Fälligkeitstagen ihre Einzahlungen in dem Geschäft des Angeklagten machten, ohne die Wechsel zurückzuerlangen. Der Angeklagte, der inzwischen in Zahlungsschwierigkeit geriet, gab sämtliche Forderungen, auch die Wechselverbindlichkeiten an eine Bank ab, und so kam es, daß die Wechselkassette den Kunden nochmals zur Zahlung vorgelegt wurden. Dem Kaufmann konnte nicht nachgewiesen werden, daß er sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil hat verschaffen wollen; er wurde freigesprochen.

In diesem Zusammenhang muß besonders eindringlich darauf hingewiesen werden, daß die zunehmende Zahl von K l e i n w e c h s e l n, die in völliger Unkenntnis der damit verbundenen Pflichten zu leichtfertig unterschrieben und hinterher nicht eingelöst werden, große Gefahren in sich birgt. Die Akzeptanten des Kleinwechsels haben — wie die vielen Gerichtstermine jeden Tag beweisen — keine Ahnung, was die Akzeptierung eines Wechsels bedeutet. Diese Leichtgläubigen „schreiben quer“, ohne daß sie überhaupt je einen Wechsel gesehen haben. Erst wenn die Wechselkassette eingereicht ist, geht ihnen endlich ein Licht auf. In den Verhandlungen kann man immer wieder die Feststellung machen, daß den Leichtgläubigen vorgeordnet wurde, sie möchten der Ordnung halber ihren Namen „dahin“ schreiben, das hätte weiter keine Bedeutung. Den Ahnungslosen wird auch oft vorgeordnet, daß sie sich nicht um den Wechsel zu kümmern hätten, er würde am Fälligkeitstage vom Aussteller selbst eingelöst oder der Wechsel diene „nur zur Sicherheit“ und würde nicht in Verkehr gesetzt werden. In einem andern Fall wurde dem Betreffenden vorgeordnet, daß der Wechsel nicht einzulösen brauche, da nach Ablauf der drei Monate ein neuer Wechsel — ein sogenannter Prolongationswechsel — auf weitere drei Monate ausgestellt würde. Ganz Deutlichmachung geben sogar B a n k o a k z e p t e, d. h. sie sehen ihren Namen auf ein Wechselformular, auf dem die Wechselsumme noch nicht eingetragt ist. Kommt nun — was bei der heutigen Wirtschaftslage keine Seltenheit ist — der Lieferant in Zahlungsschwierigkeit, dann stellt es sich auf einmal heraus, daß der Wechsel von dem Aussteller mit einem viel zu hohen Betrag ausgefüllt wurde. Der Akzeptant kann sich aber dann nicht darauf berufen, daß er den auf dem Wechsel angegebenen Betrag nicht schuldig sei. Er ist zur Einlösung verpflichtet und hat also für den mißbräuchlich ausgestellten Wechsel einzulösen. Bestenfalls hat er einen zivilrechtlichen Anspruch an den Aussteller und ist — was auch vorkommt — „nichts mehr zu holen“, dann kann er zwar den Aussteller wegen Betrugs zur Anzeige bringen, es vermindert aber keineswegs die nachteiligen Folgen, die sich aus der ganzen Sachlage ergeben.

Die Fälle, in denen durch das schwindelbafte Vorgehen der Aussteller ein Wechsel sei „harmlos“, Arbeiter und deren Ehefrauen zum Unterschreiben von Wechseln veranlaßt und dadurch schwer geschädigt worden sind, gehen in die Tausende. Also: Hände weg von Wechseln — wenn du nichts davon verstehst!

S a n s W i l h. L i c h t e n b e r g.

Der Krankenstand im Jahre 1930

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 verfolgte u. a. den Zweck, durch die Einführung der Krankenversicherung und der Zugabepflicht bei Arznei- und Heilmitteln, ferner durch die Verschärfung der vertrauensärztlichen Nachunter-

naturgesichtlich Gewordene langer, langer Entwicklungsprozesse, die ihre Ursache in der Wandlungsfähigkeit aller lebenden Substanz (Variationen und Mutationen) haben und Ausleseergebnisse durch unterschiedliche Umwelten darstellen. Daß Massenmerkmale auch heute noch veränderlich sind durch Einflüsse der Umwelt, dafür liegen mancherlei Beobachtungen bereits vor. Das steht nicht nur in Übereinstimmung mit zahlreichen Experimenten der Biologen an Pflanzen und Tieren, sondern deutet zugleich die Wege einer möglichen b i o l o g i s c h e n P o l i t i k an. Auch der Umstand, daß die verschiedenen Blutgruppen sich über die ganze Menschheit verteilen — nach dieser Hinsicht also eine „Rassenwandlung“ sehr oft zwischen Menschen ganz unterschiedlicher Rasse besteht — widerspricht der Auffassung der Rassenfanatiker.

Mit Gefühlsmethoden und Kastrationsgesetzen läßt sich keinem Volke — auch unserem deutschen nicht! — vorwärts helfen. Wohl hat die Lebensführung des einzelnen und der menschlichen Gemeinschaften die natürlichen Grundlagen menschlicher Lebensart zu beachten; vor allem aber gilt es, die zahlreichen sozialen Mißstände zu beseitigen, die alzu viele heute hindern, ihre körperlichen und geistigen Anlagen voll zur Entfaltung zu bringen. Welt wie wir wünschen, daß jeder Mensch seine Persönlichkeit in vollem Umfang an der Umwelt messen kann, deshalb treten mit einer ebenso oberflächlich wie sophistisch aufgestellten Rassenlehre, die durch Eitelkeit und jüggelnde Vorurteile getrieben und durch Leidenschaften und Haß verfaßelt wurde, mit aller Entschiedenheit entgegen. Das erscheint uns gerade heute als wahrhaft „völkische“ Tat dringend notwendig. S a m b u r g. E r n s t M ü l l e r.

suchungen den Krankenstand erheblich herabzubringen. Die „Deutsche Krankenkasse“ bringt nun in ihrer Nummer 10 interessantes Material darüber, inwieweit die Erwartungen des Gesetzgebers eingetroffen sind.

Die Zahlen zeigen nun tatsächlich ein scharfes Absinken des Krankenstandes, doch entspricht dieses nicht den vielfachen Erwartungen. Tatsächlich zeigte nämlich der Verlauf des Krankenstandes schon seit dem Vorjahr eine sinkende Tendenz, die zwar durch die Notverordnung verstärkt, aber nicht erst hervorgerufen ist.

Die beizugehaltenen Zahlen zeigen, daß die Krankenzahlen nicht nur relativ, sondern auch absolut erheblich zurückgegangen sind. Es zeigte sich ferner, daß zwar ein starker Mittelberufstätigen eingetreten ist, daß aber die absolute Zahl der Arbeitsunfähigen im ganzen noch stärker gefallen ist. Diese Tatsache änderte jedoch nichts an der alten Erscheinung, daß ein Absinken des Mittelberufstandes von einer Erhöhung der Arbeitsunfähigen begleitet wird.

Die Statistik zeigte weiter das alte Lied, daß im Winter der Krankenstand bei den männlichen Mitgliedern überzogen, während im Sommer der Krankenstand der weiblichen Mitglieder überwiegt. Im Durchschnitt liegt der Krankenstand der weiblichen Mitglieder höher. Nur 1929 machte in dieser Richtung eine Ausnahme, wo offensichtlich der strenge Winter die Krankheitsgefahr bei den fast ausschließlich in den Außenberufen tätigen Männern außerordentlich gesteigert hatte. Festgestellt wird aber, daß auch im Berichtsjahr der Krankenstand bei den weiblichen Mitgliedern im ganzen genommen ebenso stark zurückgegangen ist wie bei den männlichen.

Bei den einzelnen Rassenarten war das Bild sehr verschieden. Am günstigsten standen die Erstkassen, während die Knappschaftskassen wiederum das ungünstigste Ergebnis aufwiesen. Zunftkrankenkassen und Ortskrankenkassen stehen ziemlich gleich, während die Betriebskrankenkassen im Durchschnitt einen etwas höheren Krankenstand hatten und die Landkrankenkassen einen etwas geringeren als die Ortskrankenkassen.

Die durchschnittliche Zahl der Tageskranken (Arbeitsunfähigen) betrug

	männlich	weiblich	insgesamt
1929	556 280	377 410	933 690
1930	432 826	297 589	730 415
weniger 1930 =	123 454	79 821	203 275

Danach haben wir also im Jahre 1930 an jedem Tage rund 200 000 Arbeitsunfähige in der gesamten Krankenversicherung weniger gehabt als 1929. Bei einem durchschnittlichen Krankengebald von 2 Mr. täglich würde demnach bei 200 000 Tageskranken eine Ersparnis von 400 000 Mark oder 144 Mill. M. an Krankengebald pro Jahr eintreten. Es erscheint aber zweifelhaft, ob diese Bewegung im Jahre 1931 anhalten wird, da inzwischen schon wieder ein verhältnismäßig starkes Ansteigen des Krankenstandes zu beobachten ist. H. L o.

Korrespondenzen

Eberswalde. Am 17. September 1905 hatten sich in Ungerwunde unter dem Vorsitz des Kollegen Billa (Stettin) etwa 40 Kollegen zu einer Bezirksversammlung eingefunden, die sozusagen als Vorläufer der am 1. Januar 1906 erfolgten Gründung des Bezirksvereins Eberswalde anzusehen ist. Wenn auch damals die Buchdrucker als das „rote Geflecht“ betrachtet wurden — denn kein Ungerwunder Gastwirt stellte einen Raum zur Verfügung —, so hielt dieser Boykott die Kollegen nicht davon ab, ihre Versammlungen trotz alledem abzuhalten. Es wurden einfach die „gastlichen“ Mauern dieser Stadt verlassen, und der nahegelegene Wald bot eine Stätte der Tagung. Durch Zettelwahl wurde später Kollege Gustav Freitag (gestorben 1928) zum Vorsitzenden gewählt. Eifriges Vortreiben der Kollegenhaft setzte ein, um überall dem Tarif Eingang zu verschaffen. Bei Gründung des Bezirks waren es sechs Orte mit insgesamt 58 Mitgliedern, während heute der Bezirk 16 Orte mit insgesamt 295 Mitgliedern zählt. Diese Zahlen legen Zeugnis ab von erfrischlicher Verbandsarbeit. Über die vergangenen 25 Jahre gibt eine vom Kollegen Franz Heinrich verfaßte und vom Bezirk herausgegebene Festschrift in großen Umrißen Aufschluß. Am den Tag der 25. Wiederkehr nicht unbeachtet vorübergehen zu lassen — die heutige schwere wirtschaftliche Lage zwingt auch uns zur Einschränkung —, wurde die diesjährige B e z i r k s v e r s a m m l u n g am 10. Mai mit einer kleinen J u b i l ä u m s f e i e r verbunden. Bei ihrer Eröffnung begrüßte Vorsitzender Biesel besonders den zweiten Verbandsvorsitzenden Kollegen Barth (Berlin), unsern Gauvorsteher Gustav Reinte (Stettin), den Vertreter des Gauses Berlin Wilhelm Klein, den Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes Kollegen Stigrot (Stettin) sowie die Bezirksvorsitzenden Wasthse (Potsdam), Hoppe (Stettin), Wendt (Brandenburg) und die Vertreter der örtlichen Presse, der letzteren gleichzeitig Dank auszusprechend für die freundlichen Begrüßungsartikel. Im Auftrage des Ortsvereins entbot Kollege S a n n e m a h r allen Kollegen und Gästen Willkommensgrüße. Die Tagesordnung lag gebredt vor, Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Umpflichterliste ergab 204 Kollegen aus sämtlichen dem Bezirk angehörenden Vereinen. Hierauf gab Kollege Biesel den Geschäftsbericht. Er verwiess zunächst auf den vor einigen Tagen den Mitgliedern zugefertigten Jahresbericht des Obergaues, in dem alles, was der Bezirk betreffend, bis zum 31. Dezember 1930 entfallen ist, und ging näher auf einige Konflikte der jüngsten Zeit ein, die bei den Mitmen Johannes Müller (Eberswalde), Henkel (Zinow) und Hunger (Strasburg) ein Eingreifen des Vorstandes erforderlich machten. Der vom Kassierer L a n g h o f f gegebene Kassensbericht fand Zustimmung, und die beantragte Entlastung wurde einstimmig ausgesprochen. Hiernächst leitete der Vorsitzende zur Cheung von zehn Verbandsjubilaren. Den Kollegen: Karl Thiele (Brenzlau), 48 Jahre Mitglied; Emil Walther (Brenzlau), 45; Hugo Lerch

(Brenzlau), 40; Franz Heinrich (Eberswalde), 40; Leopold Schilpe (Eberswalde) 35; Paul Saeggarth (Eberswalde), 34; Karl Schindhelm (Eberswalde), 33; Albert Bdomat (Eberswalde), 33; Georg Johnson (Eberswalde) 32; Fritz Schulz (Schwedt a. d. O.), 32, wurde je ein Erinnerungsgehalt überreicht. Namens der Jubilare brachte Kollege H e i n r i c h den Dank zum Ausdruck. Viel mehr als das Gefecht gete ihnen das Bewußtsein, im Verband, der in diesen Tagen auch auf ein 65jähriges Bestehen zurückblide, 30, 40 und noch mehr Jahre zum Wohl der Allgemeinheit gewirkt zu haben. Unter dem Vorsitz des Kollegen Heinrich erfolgte dann die Vorstandswahl. Er bemerkte, daß auch der Vorsitzende Kollege Fritz Biesel heute ein Jubiläum feiere, er sei zehn Jahre Vorsitzender des Bezirks. Nicht nur Achtung und Anerkennung habe er sich erworben, sondern auch gezeigt, daß er für den Bezirk etwas geleistet und vor sich gebracht habe. Die vom Ortsverein Eberswalde vorgeschlagene Zusammenlegung des Bezirksvorstandes gelangte einstimmig zur Annahme. Kollege Biesel dankte im Namen aller Vorstandsmitglieder für die einstimmige Wahl. Nun erhielt Kollege F r a z h das Wort zu seinem Referat „Um die Einheit der freien Gewerkschaften“. Eingangs überbrachte er die Grüße des Verbandsvorstandes und gebachte ebenfalls der Jubilare; auch wußte er Dank für die erfolgreiche Tätigkeit des Vorsitzenden Biesel. Er führte weiter aus, daß nicht nur die schwere Wirtschaftslage, sondern auch die Zerissenheit in den eigenen Reihen auf der Arbeiterchaft schwer lastete. Einmütigkeit in der Verbandsarbeit müsse herrschen. Das schließe eine Kritik an der Verbandsarbeit nicht aus. Sie müsse aber von Sachlichkeit und dem Willen zur Kameradschaftlichkeit und zur Aufbaubarkeit getragen sein. Der Referent beschäftigte sich weiter mit den Auswirkungen der Rationalisierung auch im Buchdruckgewerbe und führte aus, daß wohl die Großdruckereien ihren Maschinenpark mit den neuen Maschinen versehen und nach amerikanischen Mustern ausbauten, aber nicht die amerikanischen Löhne einführten. Möglicherweise sei zu sagen, daß die Rationalisierung durchgeführt sei, viele Betriebe aber stilllägen, Millionen Hände mühten feiern, die Arbeitslosigkeit sei ungläubig geliegen und kein Wafag sei vorhanden. Das seien die Folgen des kapitalistischen Systems. Was sei nun zu tun? Die Gewerkschaften verlustigen diesen Verhältnissen entgegenzuwirken. Hauptforderung sei, die Arbeitszeit dem Produktionsprozess anzupassen. Durch Arbeitszeitverkürzung wolle man den Arbeitern wieder zum Erwerb helfen. Der Verband habe alles getan, um die Verbindlichkeitserklärung des Lohnabnahmehiebspruches zu verhindern. Es habe leider nichts genützt. Der Verband habe auch als erste Gewerkschaft Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich gefordert. Wenn es tatsächlich zu einer Verkürzung käme, dann müßte die Arbeiterchaft aus Gründen der Solidarität sich auch mit nur einem teilweisen Lohnausgleich einverstanden erklären. Am aber überhaupt etwas zu erreichen, sei es dringen notwendig, daß die Einheit innerhalb des Verbandes gewahrt bleibe. Nur im gemeinsamen Willen könne man ein gemeinsames Ziel erreichen. Unrichtiger Feindschaft wurde dem Kollegen Barth für seinen aufklärenden und interessanten Vortrag gesagt. Eine rege Diskussion setzte ein, in der namentlich die Vorgänge der letzten Zeit in Königsberg, Breslau, Düsseldorf und Berlin (vor allem der City-Drucker) kritische Erörterung erfuhr. Nachdem Kollege Barth in seinem Schlußwort den einzelnen Kollegen erwidert hatte, fand nachstehender Antrag des Ortsvereins Eberswalde einstimmige Annahme: „Die Bezirksversammlung begrüßt es, daß die freien Gewerkschaften zur Bekämpfung des Arbeitslosenlebens ein Gesetz fordern, das die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden herabsetzt. Wir erwarten aber, daß zu gleicher Zeit ein gefestigter Einstellungswang und voller Lohnausgleich gefordert werden. Nach der im letzten Jahr erfolgten Herabsetzung der Löhne und Erhöhung der Sozialbeiträge ist eine weitere Minderung unres Arbeitsentkommens untragbar.“ Ferner gelangte folgender vom Ortsverein Bernau gestellte und vom Kollegen F r e u d e r i c h begründete Antrag einstimmig zur Annahme: „Die heutige Bezirksversammlung beauftragt den Bezirksvorstand, beim Gau- und Verbandsvorstand dafür einzutreten, daß an ausgeteuerter und nichtzugehörige Kollegen, die auf der Reise keine Verbandsunterstützung erhalten, wenn nicht die volle Kostenausstattung, so doch wenigstens die Hälfte der Staffellung gezahlt wird.“ Die Spensel für Bezirksvorstandsmitglieder bei einer Fahrt nach außerhalb wurden nach dem Vorschlag des Bezirksvorstandes genehmigt. Ebenso wurde der Vorschlag, als Jubiläumsgabe an Bezugsberechtigte und Invaliden je 10 M., an Nichtzugehörige und Ausgeteuerter je 15 M. zu zahlen, einstimmig angenommen. Sämtlichen auswärtigen Kollegen nebst Frauen wurde das Fahrgeld erlegt. Nach Erledigung einiger Anfragen fand die sehr anregende Versammlung ihren Abschluß. Am Nachmittag begann die eigentliche Jubiläumsfeier. Nach einleitenden Willkürlichen sprach Jungbuchdrucker H a r d e r einen vom Kollegen Heinrich verfaßten Prolog, der recht beifällig aufgenommen wurde. Dann ergiff Vorsitzender Biesel das Wort zur Begrüßung. Er verlas eine Reihe von Glückwunschtogrammen und -schreiben, u. a. von den Bezirksvereinen Cottbus, Grewsald, Stargard, Neuzuppin, Frankfurt a. d. O., Kolberg, Neubamm, vom Berliner Korretorenverein, vom Kreis Breslau des Bildungsverbandes usw. Eine ganze Reihe Glückwünsche wurden persönlich überbracht, so vom Verbandsvorstand durch Kollegen B a r t h, vom Gauvorstand Stettin durch Kollegen R a i n t, der im Namen des Gaus einen wertvollen Aufmerksamkeit als Jubiläumsgabe überreichte; vom Gau Berlin durch Kollegen R e i n, vom Hilfsarbeiterverband durch Kollegen S t i g r o t (Stettin). Im Auftrage der anwesenden Vertreter der benachbarten Bezirksvereine sprach Kollege W e n d t (Brandenburg) herzlich Glückwünsche aus. Das Ortsartell Eberswalde des DGB schloß sich diesem an. Der weitere Teil der Festschloß war der frohen Geselligkeit und der humorvollen Unterhaltung gemiebt. Der „Alterweits-Krauf“ (Berlin) mit seinem herzerfrischenden Humor, den er in Wort und Lied zum Ausdruck brachte, gewann bald die Herzen aller Festschloßnehmer. Es herrschte bald eine freudig erregte Stimmung, die nicht nachließ. Eine besondere Überraschung war es, als Rita Köhlin, Solotänzerin der Berliner Staatsoper, einige Tänze vorführte. Die Stunden vergingen in ungebundener Fröhlichkeit. Bald trat der Tanz in seine

Reife, Verlosung, Preisstiege, Preisnobeln brachten manche angenehme Überraschungen. Spät war es, als man die frohe Kunde verlagern mußte, aber jeder Teilnehmer wird gern an das Jubiläum des Bezirks Eberswalde zu rücken. Interessierten erhalten die Geschäftsstelle des Bezirksvereins zum Preise von 75 Pf. bei vorheriger Einzahlung des Betrags vom Kollegen Fritz Biesel, Kreuzstraße 33, postfrei überandt.

Eisenach (S. and seher.) Die zweite Wanderveranstaltung für den westlichen Teil der Gauvereinigungen Thüringen fand am 10. Mai hier statt. Kollegen waren erschienen aus den Orten Eisenach, Erfurt, Gotha (einige Kollegen von Friedrichroda, am Gotha angehängten), Koburg, Langensalza, Sondershausen und Weimar. Wenn auch die Beteiligung gegenüber der letzten Versammlung eine bessere war, so soll auch an dieser Stelle gesagt werden, daß die einzelnen Vereinigungen die Mitglieder immer wieder zur tätigen Mitarbeit anspornen müssen, um eine noch größere Beteiligung zu erreichen. Der Vorsitzende unserer Gauvereinigungen, Kollege Schäfer (Weimar), konnte in seine Begrüßungsworte auch der Referenten, Kollegen Krüger (Berlin) einfließen. Er streifte in seinen weiteren Ausführungen die Interessiertheit vieler Kollegen, die große Arbeitslosigkeit, den hinter uns liegenden Wohnungsbau. Kollege Krüger (Berlin) überbrachte darauf die Grüße der Zentralkommission, Kollege Mücke für den Bezirk Eisenach des Verbandes und Kollege Hufmann die des Ortsvereins Eisenach. Kollege Fischer für die Drucksparte. Alle wünschten der Versammlung einen guten Verlauf. Hierauf referierte Kollege Krüger über das Thema „Aus der Arbeit für die Sparte“. Er führte u. a. aus, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß die Wanderveranstaltungen als stärkstes Werbemittel zu betrachten sind. Die Zeit hat für die Gründung der Handseherpartie gearbeitet. Der Referent ging dann auf ihre Gründung näher ein und führte aus, daß die Gaueninteilung, die seinerzeit in Heibelberg beschlossen wurde, sich als nützlich erwiesen habe. Die Mitgliederwerbung in allen Gauen habe beachtliche Erfolge gezeigt. Die Sparte ist in allen Gauen vertreten. Das Verhältnis zu den anderen Sparten ist ein gutes. Das Wachsen der Sparte konnte durch folgende Zahlen bewiesen werden: Am 30. September 1929 waren es 75 Vereinigungen mit 12 000 Mitgliedern, am 31. Dezember 1930 waren es 140 Vereinigungen mit 17 000 Mitgliedern, also zahlenmäßig die stärkste Sparte innerhalb des Verbandes. Über 63 Proz. der Kollegen leben der Sparte noch fern. Hier ist noch ein großes Betätigungsfeld der Vereinigungen, um viele Kollegen nicht als Ruhiere, sondern als Mitarbeiter der Sparte zu haben. Redner ging in seinen weiteren Darlegungen auf den Schiedspruch im Februar ein, dann weiter auf die Not der Arbeiter und auf den Preisabbau; auch das „Wert“ der Brauns-Kommission wurde gestreift, ferner die 40-Stunden-Woche und andre wichtige Gewerkschaftsfragen. Vor allem müsse man Vertrauen zu den Gewerkschaftsfunktionären haben und zu sich selbst. Dann müße man einen Schritt weiter und manches gewonnen. Auch gegen jede Lockerung der Verbandsdisziplin müsse Front gemacht werden. Der Schluß des vorzüglich aufgearbeiteten Vortrages klang aus in dem Appell, der Allgemeinheit zu dienen durch Wirken und Werben für die Sparte und damit für den Verband. Daß der Redner die Kollegen zu festem Verbände, bewies die Ruhe und Aufmerksamkeit während des Referates. Der starke Beifall am Schluß war ein Zeichen der Anerkennung und der Verbildigung der Kollegen. Die nun einsetzende Diskussion war reg, jedoch äußerst sachlich und im kollegialen Geist gehalten. Alle Redner waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Der Vorsitzende dankte diesem namens der Versammlung. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Tagungslokal fand noch ein Spaziergang bei schönem Wetter durch das Johannisstal zum Buchhändlerdenkmal mit einem Abschiedstrunk im „Neuen Jellenteller“ statt. Wohl jeder Kollege ist mit Befriedigung nach Hause gefahren.

Köln. Eine überaus reichhaltige Tagesordnung hatte die am Himmelstertag in Duisburg abgehaltene neunte Jugendleiterkonferenz des Gaues Rheinland-Westfalen zu erledigen. Nachdem kurz nach 10 Uhr Geworfen der Löschner die Tagung eröffnet hatte, lang der Kollegenangelegenheiten, Typographie, Wilhelm (Köln) einige Vieder zum Willkomm, und der Vorsitzende des Bezirks Duisburg, Kollege Müllen, begrüßte die Erschienenen, hoffend, daß auch diese Konferenz ihr Teil beitrage zur Erziehung unserer Jugend im Sinne der freien Arbeiterbewegung. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils nach Jugendfürsorger Paul Blansch (Köln) das Wort zu einem Vortrag „Jugendverwahrlosung und ihre Bekämpfung“. In fesselnden Ausführungen schilderte er die Not der heutigen proletarischen Jugend, die Ursachen der Verwahrlosung teils durch angeborene Fehlentwicklung, teils durch äußere Einflüsse, bei weitem letzteren die fühligen Gefahren der Wohnungsnot eine große Rolle spielen. Die Bekämpfung der Jugendverwahrlosung gelte durch individuelle Behandlung, indem man vor allem das Vertrauen der Jugendlichen gewinnen müsse. Reicher Beifall dankte dem Referenten. Von einer Aussprache wurde mit Rücksicht auf die ausschließliche und klare Behandlung des Themas durch den Vortragenden abgesehen. Gaujugendleiter Friedrichs referierte dann über „Die Verhältnisse der Jugend in unserem Gau“. Die Verhältnisse der Jugend in unserem Gau, und Gauverwalter Müller behandelte das Thema „Rechte und Pflichten der Jugendbuchdrucker im Verband“. Die Aussprachen über beide Vorträge brachten mancherlei Anregungen. In seinen Ausführungen über den „Jugendbuchdrucker 1932“ gab Geworfen der Löschner ein Bild des äußeren Rahmens, wie ihn der Geworfenstand vorstellt. Als Tagungsort wurde Köln wieder vorgeschlagen, da es mit die zentralste Lage habe. Als Zeitpunkt ist der erste Sonntag in den großen Schulferien im August vorgesehen. Wie beim letzten Jugendbuchdrucker sollen Sonnabendabend ein Empfangsabend, Sonntagmorgen ein Festakt, nachmittags tagendwöchige Besichtigungen und Montags eine Meisefahrt nach Königswinter stattfinden. Im Anschluß ist dann den Jugendbuchdruckern noch Gelegenheit zu einer Nachtort geboten. Aus der Aussprache über diesen Punkt gingen zwei Anträge hervor, von denen der eine Pfingsten als Zeitpunkt und der andere Bielefeld als Tagungsort wünschte. Bei der Abstimmung gelangten jedoch die vom Geworfenstand durch den Kollegen

Böschner gemachten Vorschläge zur Annahme. Unter „Berschriebenem“ wurde als Tagungsort der nächsten Konferenz Bonn bestimmt. Geworfen der Löschner gab dann noch einen Bericht über den Stand der Innungen in unserm Gaugebiet und hob hervor, wie wichtig es sei, für Vertreter unserer Innungen in den Innungsausschüssen zu sorgen. Nach Erledigung einer Reihe Anfragen und geschäftlicher Mitteilungen konnte Geworfen der Löschner in seinem Schlußwort den sachlichen Verlauf der Tagung hervorheben, von der er hoffe, daß sie zur Förderung der Jugend-erziehung in unserm Sinne beitragen möge.

Leipzig (M. a. s. i. n. e. s. e. h. e. r.) Eines guten Besuches erfreute sich am 2. und 3. Mai die Wanderveranstaltung am 1. und 2. Mai mit Damen nach Grimma, wo wir bei herrlichsten Wetter ankamen und nach einem halbtägigen Spaziergang durch das schöne Städtchen in „Bogels Ballhaus“ landeten. Kollege Kruhof hieß alle Anwesenden willkommen, insbesondere unsere Referenten, Kollegen Engelmeier, sowie die Gau- und Spartenvertreter. Geworfen der Löschner übermittelte in freudigen Worten die Grüße des Gau- und der Spartenvertreter, Kollege Engelmeier die Grüße der Zentralkommission und des Brandenburgischen Maschinenlehrgereins. In einem einleitenden Referat über „Die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf das Buchdrucker- und Verlagswesen“ entledigte sich der Referent Johann seiner Aufgabe. Ausgehend vom Jahre 1897, der Zeit, als die periodischen Wirtschaftskrisen ihren Anfang nahmen, zeigte er deren Auswirkungen bis zur jetzigen katastrophalen Lage auf, aus der die Arbeiterschaft nur herauskommen kann, wenn sie einig und geschlossen dastehet. An die Damen richtete er den Appell, daß auch sie berufen seien, wenigstens in kleinem Firtel mitzuarbeiten an dem Aufbau der Organisation und propagandistisch mitzuwirken im Sinne der Arbeiterschaft; wenn alle mithelfen, wird und muß es vorwärtsgehen. Reicher Beifall war der Lohn für das vorzreffliche und zeitgemäße Referat, und Kollege Kruhof schloß mit Worten des Dankes an den Referenten und nochmaliger Unterbreitung des Appells die Versammlung. — Nach gemeinsamer Mittagstafel brachte der Nachmittag noch einen schönen Spaziergang in die herrliche Umgebung Grimmas, und nur allzu schnell mußten wir den dort Abschied nehmen. Herzlichen Dank auch den Grimmaer Kollegen.

München (D. r. u. e. r.) Ihre Generalsammlung am 11. April war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Jellner e. r. chend eines verstorbenen Kollegen. Unter „Bereinsmitteilungen“ wurden verschiedene Einkäufe bekanntgegeben; auch wurde beschlossen, zum Heibelberger Druckerstag eine Delegation zu entsenden. Nach Kenntnisnahme der Berichte des Vorstandes und Kassierers von Ott und Kreis, die auch gedruckt vorlagen, wurde der bisherige Vorstand, nach Entlassung desselben für das abgelaufene Vereinsjahr, einstimmig wiedergewählt. An den Dank für das bisher bewiesene Vertrauen knüpfte Kollege Jellner die Bitte an die Kollegen, auch im kommenden Jahr nicht zu erlahmen im Dienst an unser Sparte und unsern Verband. Eine lebhaftige Debatte ergab die heute so wichtige Angelegenheit der Arbeitszeitverkürzung. In seinem Vortrag „Ein Ausblick durch die Leipziger Welle“ schilderte Johann Kollege Kruhof äußerst interessant, was dort alles zu sehen ist. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. — In der Rotationsversammlung am 19. April wurde nach Erledigung der internen Angelegenheiten der bisherige Obmann einstimmig wiedergewählt. Über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Arbeitszeitverkürzung wurde auch hier lebhaft diskutiert. Einige ausgelegte farbige Zeitungen fanden eine ausgiebige Besprechung.

Offenbach a. M. (S. and seher.) Ihre Quartalsversammlung am 29. April übte zunächst das Hinschreiben eines Kollegen. Einige Mitteilungen geschäftlicher Art wurden vom Vorsitzenden bekanntgegeben. Hierauf folgte der Revisionsbericht. Der Revisionsbericht wird, da die Revisoren einschuldig fehlten, im zweiten Quartal mit gegeben werden. Eine Auslage von Neujahrskarten, zusammengestellt vom Gau Frankfurt, löste eine rege Diskussion aus. Allgemein wurden diese Auslagen bei den Handsehern begrüßt. Gewünscht wurde, daß solche Auslagen an besonderen Abenden in Gemeinschaft mit dem Bildungsverband erledigt werden, was auch vorstandsseitig zugelegt wurde. Der Vorsitzende machte auf die Gewinnung der Neuausgeräten für die Sparte aufmerksam. Die Erledigung einiger interner Angelegenheiten beendete die gut besuchte Versammlung.

Pforzheim (M. a. s. i. n. e. s. e. h. e. r.) Am die Kollegen einmal in größerer Zahl zusammenzubringen, veranstaltete die hiesige Vereinigung am 2. Mai einen Lesunglichen Abend, bei dem einem Lichtbildervortrag über die Interhypothek ausgestellt war. Kollege Strobel (München) hatte es übernommen, die Kollegen mit der Arbeitsweise an der Intertypie und mit dem neuen Ergebnissen der Technik auf diesem Gebiet vertraut zu machen. In klaren, leichtverständlichen Ausführungen, die durch eine große Anzahl Lichtbilder noch wirkungsvoll ergänzt wurden, verstand er es, die Anwesenden abertausend Stunden zu fesseln. Eine anschließende Aussprache vertiefte noch die Eindrücke. Daß neben den Maschinenlehrgereis noch eine große Anzahl anderer Kollegen (zusammen über 60) erschienen waren, gab dem Veranlassungsleiter Veranlassung, den Wert der technischen Abende nochmals zu unterstreichen und den Erschienenen, vor allem aber dem Vortragenden, zu danken.

Stuttgart (K. o. r. r. e. k. t. o. r. e. n.) In der Versammlung am 2. Mai nahmen die Mitglieder nach Entgegennahme verschiedener Vereinsmitteilungen und nach Neuaufnahme zweier Mitglieder Stellung zu der Groß- und Kleinschreibung, da dieser Punkt bei der Hauptversammlung im März wegen vorgerückter Zeit nicht mehr behandelt werden konnte. Es kam zu folgender Entscheidung: „Die Versammlung des Württembergischen Korrektorenvereins vom 2. Mai stellte sich nach angeder Aussprache über die Frage der vom Bildungsverband propagierten Kleinschreibung auf dem Standpunkt, daß die ausnahmslose Kleinschreibung abzulehnen, dagegen die Vereinfachung der Rechtschreibung und die amtliche Anerkennung des „Duden“ als maßgebend für die Rechtschreibung dringend nötig ist.“

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkersammer Berlin bestanden folgende Geberkollegen aus Groß-Berlin die Meisterprüfung: Karl Balt, Max Bussian, Helmut Grimm, Johannes Otto Kirschbaum, Kurt Kube, Fritz Dehse, Walter Sarama (Betriebsleiter), Erich Wellmann. Vier Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden. — Vor der Handwerkersammer Marneheim legten die Kollegen Georg Nagel und Friedrich Heinrich Müller (Heidelberg) die Meisterprüfung mit gutem Erfolg ab.

Weiterer Rückgang der deutschen Buchproduktion. Der Zahl der im „Wochenblatt für den deutschen Buchhandel“ erstmalig angezeigten Neuigkeiten nach zu urteilen, hat die Unternehmungslust im Verlagsbuchhandel weiter beträchtlich nachgelassen. Nachdem schon das erste Vierteljahr im ganzen ein wesentlich geringeres Ergebnis als im Vorjahr aufwies, ist die Spanne im April noch größer geworden. Für diesen Monat wurden nämlich nur 956 neue Titel gezählt gegen 1027 im vorigen Jahr.

Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Kommunalbeamten zur Lage. Eine Reichskonferenz der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten beschäftigte sich am 17. Mai in Berlin eingehend mit der gewerkschaftspolitischen Lage. Die Tagung nahm von den Bemühungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes auf Schaffung einer einheitlichen Abwehrfront aller in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben tätigen Arbeitnehmer Kenntnis und bedauerte, daß eine einheitliche Kampffront durch die Abgabe des Deutschen Beamtenbundes nicht zustande gekommen ist, obwohl die fortwährenden Angriffe der privaten Wirtschaft auf die Beamtenchaft wie alle übrigen Arbeitnehmer zu einer ersten Abwehrmaßnahme zwingen. Es bestand Einmütigkeit, daß die Beamtenchaft in noch erhöhtem Maße darüber aufgeklärt werden muß, bei allen Mäßen die notwendigen Folgerungen auf Grund ihrer Lage als Arbeitnehmer und Verbraucher zu ziehen und die Bekämpfung der schädlichen Gefahr unermüdet fortzusetzen. Ausgehend von dieser Einstellung und der geschichtlichen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zeigte der Verbandsvorsitzende die Wege auf, die in gewerkschaftspolitischer Hinsicht zu beschreiten sind. Die Verbandstärkungsmaßnahmen nahmen den Bericht über die wegen der Schaffung einer einheitlichen Organisation der freigewerkschaftlichen Kommunalbeamten zur Kenntnis und waren der Meinung, daß das bisherige Verhandlungsergebnis zur Schaffung einer Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und Angestellten geeignet sei, wenn in weiteren Verhandlungen über noch einige strittige Punkte Übereinstimmung erzielt wird. Die Tagung zeigte die Geschlossenheit und die innere Festigkeit der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten.

Stand der Wirtschaftstätigkeit in Deutschland. Nach dem Institut für Konjunkturforschung hielt sich die Umsatzzahlung, wie sie in der Lageangabe der Reichsbank zum Ausdruck kommt, im Rahmen des Saisonüblichen. Die Steigerung seit der ersten Februarwoche, dem diesjährigen Tiefpunkt, betrug rund 10 Proz. gegenüber einer Zunahme von ebenfalls 10 Proz. im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930. Konjunkturelle Auftriebsmomente sind nach der gleichen Quelle bisher nicht zu beobachten. Die Rohleistung, die Produktion von Metallwaaren, Zement, Baustoffen und Kalk sind konjunkturell weiter gestiegen, doch dürfte der tiefste Punkt erreicht sein. Die Produktionssteigerung der Automobilindustrie ist saisonmäßig bedingt. In der Textilindustrie ist die Produktion mehr als saisonmäßig gestiegen. Der Index des industriellen Auftragsbestandes ist eher abwärts gerichtet. Die Zinssätze bewegen sich nach wie vor auf einem hohen Stand. Die Verfallung der Kreditmärkte macht eine wesentliche Ausdehnung des Produktions- und Umschlages vorerst unwahrscheinlich. Der Rückgang der Rohstoffpreise ist im großen und ganzen zum Stillstand gekommen. Unabhängig von den preismäßigen Ertragschancen hat sich die Absatzlage für eine Reihe von Industrien etwas günstiger gestaltet. Das wäre ein kurzer Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage, wie er unter Berücksichtigung aller Faktoren von der höchsten Stelle der Konjunkturbetrachtung ermittelt wurde. Die Ausführungen für die Zukunft sind nicht gerade sehr ermutigend. Der Tiefstand der Wirtschaft wird jedenfalls noch längere Zeit anhalten.

Weiterer Rückgang der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Dem neuesten Bericht der Reichsstatistik für Arbeitslosenversicherung zufolge hat sich die Entlastung des Arbeitsmarktes im ganzen Reich fortgesetzt, so daß sich in der Zeit vom 30. April bis 15. Mai die Zahl der unterstellten Erwerbslosen um weitere 140 000 Personen vermindert hat. Die Entlastung in den einzelnen, 14 Tage umfassen den Berichtszeiten stellt sich wie folgt: 15. bis 31. März 226 000 Personen, 1. bis 15. April 120 000 Personen, 15. bis 30. April 240 000 Personen, 1. bis 15. Mai 140 000 Personen. Seit dem Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit, die mit 4 972 000 Erwerbslosen die 5-Millionengrenze fast erreichte, sind also in den vergangenen acht Wochen rund 726 000 Erwerbslose wieder in den Produktionsprozeß eingestellt worden. Am Stichtag, dem 15. Mai, waren somit noch 4 241 000 berufsständige Personen in Deutschland arbeitslos, eine für die jetzige Jahreszeit noch ersprechend hohe Zahl. Der Optimismus über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesem Jahr kann auch durch die Tatsache nicht gemindert werden, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes diesmal in der ersten Hälfte so stark war wie im vergangenen Jahr im ganzen Monat Mai. Die Überlagerung der Arbeitslosigkeit gegenüber der gleichen Zeit 1930 hat sich zwar jetzt zum ersten Male spürbar ermäßigt, bleibt aber mit 1,51 Millionen immer noch enorm hoch. Die durch die verstärkte Beschäftigung zunehmenden Aussteuerungen kommen auch in der Berichtszeit darin wieder zum Ausdruck, daß die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 174 000 auf 1,71 Millionen zurückgegangen sind. Andererseits hat sich die Zahl der Kräfteunterstützten noch um rund 11 000 erhöht und beläuft sich damit auf 914 000 Personen.

Beachtliche Vorfälle der Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung. Nach allem, was man hört, soll durch die bevorstehende Sozialabbaunotverordnung der Reichsregierung eine Neuorganisation der Arbeitslosenversicherung in erster Linie durch Abbaumaßnahmen herbeigeführt werden. Wiederholt haben die freien Gewerkschaften auf

